



Luxus-Bibliothek

Martin Suter, Vorstandsmitglied

Am 15. Mai stimmen wir über die Bibliotheksvorlage ab. Dieses Luxusprojekt wird mehr als doppelt so viel kosten wie die bestehende Einrichtung. Und noch ist völlig offen, ob sich die Gemeinde Dürnten tatsächlich an den enormen Betriebskosten von mehr als einer halben Million Franken pro Jahr beteiligen wird. Die einmaligen Ausbaukosten von 813'000 Franken sind absolut unverhältnismässig und überzogen - alleine die Möbel werden mit ¼ Million und die Informatik mit 80'000 Franken zu Buche schlagen!

Fehlende Transparenz

In der Abstimmungsvorlage wird von einer Zusammenarbeit mit den Schulhäusern der

Gemeinden Dürnten und Rütli gesprochen. Bücher sollen von der zentralen Bibliothek zu den Schulbibliotheken transportiert werden. Diese Kosten sind aber nirgends budgetiert. An der Informationsveranstaltung vom 13. April hat Gemeindepräsident Melliger dazu lapidar erklärt: „die Schulen werden die Kosten tragen müssen“.

Konzeptlos

Die Gemeinde Rütli besitzt, zusammen mit den Schulgemeinden, mehrere Duzend Immobilien. In dieser Situation will unsere Gemeinde einen Mietvertrag über 15 Jahre abschliessen und für eine möglicherweise überflüssige Liegenschaft jedes Jahr mehr als 150'000 Franken Miete bezahlen. Was mit dem bestehenden Amtshaus passieren wird, ist völlig offen.

Überrissene Mietkosten

Pro Quadratmeter Mietfläche werden 203 Franken Miete bezahlt. Üblicherweise werden in Rütli für ausgebaute und erschlossene Büroflächen 100 bis 170 Franken pro Quadratmeter



bezahlt inkl. Nebenkosten. Die Liegenschaft soll fix für 15 Jahre gemietet werden, wahrlich eine lohnende Investition für den Immobilienbesitzer...

Überdimensioniert

Mit einer Gesamtfläche von 750 m² soll die Rütner Bibliothek grösser werden als alle regionalen Bibliotheken. Zudem verlangt das neue Volksschulgesetz, dass in den Schulhäusern eigene Bibliotheken geführt werden. Wir können davon ausgehen, dass durch den Wegfall der Schüler die Besucherfrequenz deutlich rückläufig sein dürfte und es in der schönen, neuen und grossen Bibliothek ziemlich ruhig sein wird.

Ja zur Bibliothek - NEIN zur Vorlage des Gemeinderates!

Eine moderne Gemeinde braucht eine gut ausgestattete Bibliothek. Mit dieser Abstimmungsvorlage schießt der Gemeinderat aber klar über das Ziel einer volksnahen Lösung hinaus. Wir empfehlen Ihnen daher, am 15. Mai ein überzeugtes NEIN zu dieser Luxusvariante in die Urne einzulegen. Damit ermöglichen Sie ein neues, abgespecktes Projekt, welches bezahlbar und auf die Gemeindeverhältnisse angepasst ist.



EDITORIAL

SVP Info – die Premiere

Zum ersten Mal lesen Sie unsere INFO – vorläufig ein zweiseitiger Flyer, der uns als Plattform dienen soll, Ihnen klar und unmittelbar unsere Haltungen und Einschätzungen zum Geschehen in unserer Gemeinde Rütli zu vermitteln.

Die Kantonsratswahlen haben bestätigt, dass wir mit einem Wähleranteil von knapp 30% eine Verantwortung haben, die wir ernst nehmen müssen und wollen. Die Medien propagieren Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, schaffen es aber zu unserem Bedauern immer seltener, über Schatten zu springen und die SVP unvoreingenommen als wichtige politische Kraft zur Kenntnis zu nehmen und über uns zu berichten.

Unsere Wähler sind nicht dumm, nicht einfältig, nicht unaufgeklärt. Sie haben eine klare Haltung, die sich mit unserem heutigen Zeitgeist der Political Correctness immer häufiger nicht mehr deckt. Wir vertreten unsere Wähler mit Eindeutigkeit und unmissverständlichen Voten, mit Mut zu Meinungen, die polarisieren.

Letztlich sind Entscheidungen gefragt – der Wähler kann nur Ja oder Nein sagen. Also sagen wir von der SVP auch Ja oder Nein! Wir haben interessante Argumente und möchten die Bürger unserer Gemeinde wirklich überzeugen – nicht beeinflussen!

Ihr Christian Klambaur
Sektionspräsident



Initiative – Mehr Wohnraum für Rüti

Peter Heierle, Vorstandsmitglied

Im vergangenen Dezember hat ein sechsköpfiges Komitee der Rütner SVP die Initiative „Mehr Wohnraum für ein modernes Rüti“ eingereicht. Ziel der Initiative ist die Schaffung neuer Wohnraumkapazitäten unter besonderer Beachtung des Schutzes von Natur und Landschaft.

67 Stimmbürger haben diese Initiative unterzeichnet, die im Januar 2011 durch den Gemeinderat Rüti für gültig erklärt worden ist.

Fakten zur Raumentwicklung

Die Statistiken der Siedlungsentwicklung der letzten Jahrzehnte in der Schweiz zeigen Eindrückliches: Seit 1950 hat

sich die Siedlungsfläche mehr als verdoppelt. Der Bodenverbrauch beträgt im Durchschnitt täglich 7'000 Quadratmeter – die Grösse eines Fussballfeldes! Der Wohnflächenbedarf pro Person stieg in den letzten Jahrzehnten um rund 5 Quadratmeter pro Jahr! Die Flächen von Landwirtschaft und Erholungsgebiete schrumpfen kontinuierlich und die Infrastrukturkosten der öffentlichen Hand steigen ständig.

Die SVP Rütli bietet mit ihrer Initiative für unsere Gemeinde eine gute Lösung dieses Problems!

Ziele der Initiative

Die Initiative zielt auf eine Siedlungsentwicklung nach innen. Die bestehenden Wohnzonen W2a, W2b und WG2 sollen aufgezonnt werden, d.h. die baulich mögliche Ausnutzung wird erhöht. Nicht höher ausgelastet werden bestehende Kern- und Erholungszone. Die Verdichtungen werden auch schutzwürdige Gebiete und Gebäude nicht tangieren.



Kreisel Sonnenplatz

Ruedi Menzi, Kantonsrat

Beim Sonnenplatz ist ein Kreisel geplant – soweit eine amtliche Ausschreibung.

Grundsätzlich ist ein Kreisel eine gestalterische Massnahme zur Verkehrsberuhigung und zur Stabilisierung der Fahrdynamik. Es stellt sich jetzt die Frage: Muss denn die Ferrachstrasse mit einer Einmündung in einen Kreisel beruhigt werden?

Kreisel auf Vorrat?

Es besteht absolut keine Notwendigkeit, beim Sonnenplatz einen Kreisel zu erstellen. Die Verkehrssicherheit ist nicht gefährdet, und damit wäre der Bau eines Kreisels ein finanzpolitischer Sündenfall. Selbst, wenn der Kanton den grössten Teil der Kosten tragen würde, handelt es sich auch hier um unsere Steuergelder.

Verkehrsvision und Umwege

Das Projekt dieses Kreisels zielt wohl auf eine Verkehrsvision ab, die in Zukunft den

ganzen Verkehr zwischen Löwen und Kirche über die Ferrachstrasse und die Werkstrasse leiten will – ein Umweg von stolzen 1,8 Kilometern mit einer erheblichen zusätzlichen Lärmbelastung vieler Anwohner! Das Umweltrecht sagt ganz klar, dass möglichst wenig Anwohner „belärmt“ werden sollen. Diese Verkehrsvision und ein entsprechender Versuch müssten an unserem Umweltrecht scheitern.

Eine gute Alternative

Wenn wir der Stauproblematik während den Mittags- und Abendstunden begegnen wollen, können wir auch sinnvollere Massnahmen ergreifen!

Ein vernünftiger Versuch könnte so aussehen:

- die Fussgänger bei der Villa Weber gehen über ein Provisorium durch den Park
- auf dem Trottoir wird eine zweite Fahrspur eingerichtet
- die Busse des ÖV werden mit einer Ampel an jeder Einfallstrasse bevorzugt und können per Funk in Stausituationen die Ampeln ansteuern

Es gibt keine überzeugenden Argumente für einen Kreisel am Sonnenplatz. Wir haben Alternativen!

Parolen zur Volksabstimmung vom 15. Mai 2011

Kantonale Vorlagen

1 A. Beschluss des Kantonsrates: Steuergesetz (Änderung vom 30. März 2009; Steuerentlastungen für natürliche Personen)	JA
1 B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten «Eine nachhaltige Steuerstrategie» (gültiger Teil)	Nein
1 C. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten «Tiefere Steuern für Familien»	Nein
Stichfragen:	
Falls die Vorlagen A und B mehr zustimmende als ablehnende Stimmen erhalten: Welche Vorlage soll in Kraft treten?	Vorlage A
Falls die Vorlagen A und C mehr zustimmende als ablehnende Stimmen erhalten: Welche Vorlage soll in Kraft treten?	Vorlage A
Falls die Vorlagen B und C mehr zustimmende als ablehnende Stimmen erhalten: Welche Vorlage soll in Kraft treten?	-
2. A. Finanzausgleichsgesetz (FAG)	
2. B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten «Für ein gerechtes Finanzausgleichsgesetz»	JA
Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl der Beschluss des Kantonsrates als auch der Gegenvorschlag von den Stimmberechtigten angenommen werden?	
	Vorlage B (Gegenvorschlag)
3. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz	JA
4. Kantonale Volksinitiative «JA zur Mundart im Kindergarten»	JA
5. Kantonale Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich!»	Nein
6. Kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative «Stopp der Suizidhilfe!»	NEIN
7. Kantonale Volksinitiative «Tragbare Krankenkassenprämien für alle (Prämienverbilligung jetzt)»	NEIN



Wahl Ref. Kirchensynode

15. Mai 2011

Nanetta Meyer, Seegräben
Margrit Morf, Bärenswil

www.svp-oberland.ch

